



## **Dringlichkeitsantrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

### **Kein australischer Giftmüll nach Brunsbüttel**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein lehnt die Verbringung von Giftmüll aus Australien nach Brunsbüttel ab.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bevölkerung vor den Gefahren durch eine mögliche HCB-Verseuchung zu schützen. Zu diesem Zweck wird die Landesregierung aufgefordert, sicherzustellen, dass vor Beendigung des Notifizierungsverfahrens für die grenzüberschreitende Abfallverbringung überprüft wird, ob es alternative Möglichkeiten der Entsorgung in Australien selber oder in einem Land mit kürzeren Transportwegen gibt.

#### **Begründung:**

Es ist geplant, 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol(HCB)-verseuchte Abfälle von Australien nach Brunsbüttel zu bringen und ein Drittel dort zu verbrennen. HCB gehört zu den 12 giftigsten chemischen Stoffen, die in Deutschland seit 1981 und weltweit in 122 Staaten seit 2004 verboten sind. Das Lagern und der Transport dieser Abfälle bringen große Gefahren mit sich. Australien ist ein hochtechnisiertes Industrieland und von daher imstande, selbst für die Beseitigung zu sorgen. Im „Baseler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung“ von 1989 haben sich 170 Länder der Erde verpflichtet, Giftmüll möglichst im eigenen Land zu entsorgen.

Wie jetzt bekannt wurde, steht in Australien die Entscheidung über den Transport des Giftmülls unmittelbar bevor. Nach Aussage australischer Nichtregierungsorganisationen geht man auf Seiten der australischen Behörden von einer hohen Akzeptanz in Deutschland aus. Diese Annahme fließt in den Entscheidungsprozess auf australischer Seite ein. Tatsächlich zeigt sich aber sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Herten, dass das Vorhaben zu großer Beunruhigung in der Bevölkerung führt.

Bis jetzt sind weder das Genehmigungsverfahren zur Lagerung gefährlicher Abfälle in Brunsbüttel noch das Notifizierungsverfahren des LANU zur Basler Konvention zur grenzüberschreitenden Abfallverbringung abgeschlossen.

Durch die Befassung im Landtag Schleswig-Holstein soll signalisiert werden, dass der geplante Giftmüll-Transport abgelehnt wird. Dazu ist die dringliche Befassung geboten.

Detlef Matthiessen und Fraktion